Grund allgemein geringerer Leistungen in ihrer Eigenschaft als Frau niedriger entlohnt wird als der Mann. Unter diesem Gesichtspunkte fordert die Konferenz auch von Staat und Gemeinde obligatorischen weiblichen Fortbildungsunterricht. Auch fordert die Konferenz, unabhängig davon, ob das Mädchen später Hausfrau und Mutter wird oder nicht, einen obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterricht, damit die Arbeiterin in jeder Lebenslage ihren Lohn in wirtschaftlicher Weise anzuwenden imstande ist."

Die Konferenz wurde von Fräulein Freudenthal geleitet. Die beiden Hauptrednerinnen, Fräulein Dr. Alice Salomon und Fräulein Helene Simon, sprachen über die Lohnfrage der gewerblichen Arbeiterinnen. Während jene nachwies, daß die Entlohnung der Frau nicht nur für geringere Arbeit, sondern überhaupt nach einem niedrigeren Maßstabe wie beim Manne erfolgt, weil die Frau schlechter für den Beruf vorbereitet sei und oftmals die Arbeit nur als „Nebenerwerb" betreibe, zog Fräulein Simon hieraus die Konsequenzen und führte aus, daß ohne feste Organisation die Hebung der Löhne und damit der Lebenshaltung nicht möglich sei. Sie wünschte gemeinsame gewerkschaftliche Organisation mit den Männern zusammen, wohingegen andere, namentlich die christlichen Vertreterinnen, die gesonderte Organisation der Frauen für das Richtigere hielten. Sie erwähnte dabei, daß es in England und Deutschland rund je zwei Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gibt, von denen in England 125 000 in Deutschland 86 400 Arbeiterinnen sind. Dem Zusammenschluß zu Konsumvereinen und der Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen redete Frl. Simon unter allseitiger Zustimmung das Wort. Die Debatten selbst verliefen in guten Formen; hier und da war ihr Charakter etwas stark akademisch; doch wurden auch, namentlich von den Frauen, viele belehrende Beispiele aus der Praxis und für die Praxis zumeist in sehr anschaulicher Weise vorgetragen.

Obwohl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion es abgelehnt hatte, die Konferenz zu beschicken, nahmen mehrere ihrer Abgeordneten, darunter Dr. David und Haas, an der Konferenz teil.

Von bürgerlichen Reichstagsabgeordneten sah man u. a. die Herren Dr. Friedrich Naumann und Dr. Fleischer (Zentrum). Am Sonnabend wurden noch Spezialfragen behandelt, wie das Wahlrecht der Frauen bei den Krankenkassen, die Fabrikarbeiterin als Hausfrau und Mutter. Der Gesamteindruck der Konferenz war durchaus gut und viel versprechend.

Deutsches Reich.

Leipzig, 3. März.

* **Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe** werden im Märzheft der „Deutschen Rundschau" von einem ungenannten Sachkundigen weit günstiger beurteilt, als es bisher in der Presse der Fall war. Mit Recht wird dabei Widerspruch gegen die Annahme erhoben, daß unsere gefeierten Staatspersonen allstündlich dieselben gewesen seien, wie auf den Höhenpunkten ihres geschichtlichen Berufs. Dieser Widerspruch im Zusammenhange mit dem Hinweis darauf, wie wenig die Praxis der Politik die Entwicklung zarter Tugenden fördere, führen zu dem Schluß, daß es nicht ohne weiteres „kleine" Menschen sind, die über die Menschlichkeiten der Großen unserer großen Zeit berichten. Die Zuverlässigkeit der Hohenloheschen Berichte aber steht für den Gewährsmann der „Deutschen Rundschau" im allgemeinen außer jedem Zweifel. Dabei hält er die Darstellung der Krisis von 1890 in wohlbegründetem Gegensatz zu den meisten Beurteilern nicht für den inhaltlich bemerkenswertesten Teil des Werkes und weist als vollends unrichtig die Meinung zurück, Hohenlohe habe in diesem Abschnitt „Enthüllungen" über die damaligen Vorgänge geben wollen. „Die Darstellung", heißt es hierüber, „ist von derjenigen anderer Erlebnisse des Fürsten in nichts verschieden. Mit der nüchternen, kühlen Ruhe des viel umgetriebenen Staatsmannes, der längst aufgehört hat, zu bewundern oder sich zu verwundern, erzählt der zweiundsiebzigjährige Herr von den Dingen, die er während der verhängnisvollen Tage des Kanzlerwechsels gesehen und gehört hat, und zwar — seiner Gewohnheit gemäß — unter möglichst genauer Wiedergabe der geführten Gespräche. Nirgend die Spur neuer Erregung über die gemachten Wahrnehmungen, nirgend die Spur einer Parteinahme . . . Ebenderum macht dieser Abschnitt . . den Eindruck unbedingter Zuverlässigkeit." — Das richtige Verständnis der Darstellungsweise Hohenlohes sei jedoch nur unter Festhaltung des Gesichtspunktes möglich, daß Fürst Hohenlohe nie einer anderen als jener exklusiven Gesellschaft angehörte, in welche die Stimmungen der übrigen Gesellschaftsschichten, auch der unserer Höchstgebildeten, nur ausnahmsweise Eingang erlangen.

* **Aenderung des Wechselstempelsteuergesetzes.** Aus den Kreisen des Handelsstandes ist wiederholt das Verlangen nach einer Aenderung der strafrechtlichen Vorschriften des Wechselstempelsteuergesetzes erhoben worden. Die Wünsche bewegen sich hauptsächlich in der Richtung einer Ergänzung der Strafvorschriften dahin, daß an Stelle der Strafe des § 15 Abs. 1 (Geldbuße, die dem fünfzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt) nur eine Ordnungsstrafe einzutreten hat, wenn aus den Umständen sich ergibt, daß eine Steuerhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist. Weiter wird gefordert, daß als strafbar lediglich diejenige Person angesehen werde, welche bei Begebung des Wechsels, wenn auch nur in Vertretung der Firma, den Wechsel gezeichnet hat, und daneben nur noch eine zivilrechtliche Haftung der Firma eintritt. Die Reichsregierung steht diesen Wünschen nicht ablehnend gegenüber. Die Tatsache, daß eine strenge Durchführung der im § 15 Abs. 1 ausgesprochenen Strafandrohung zu unbilligen Härten führt, hat die Regierung dadurch anerkannt, daß sie den Verwaltungsstrafbehörden wiederholt den Beschluß des Bundesrats vom 2. Juli 1873 in Erinnerung gebracht hat, wonach die Dirigenten der Hauptämter usw. für befugt erachtet werden sollen, Anklageverfügungen wegen Wechselstempelsteuer-Hinterziehungen, bei denen die hinterzogene Abgabe nicht über 3 ℳ beträgt, und bei minder wichtigen Formverletzungen auf sich beruhen zu lassen, falls offenbar nur Versehen vorliegen und die Absicht der Steuerhinterziehung ausgeschlossen ist. Die zweite Forderung ist insbesondere im Hinblick auf die neuere Rechtsprechung des Reichsgerichts in dem Urteile des 2. Strafsenats vom 21. Oktober 1904 und des 4. Strafsenats vom 21. September 1906 erhoben worden. Hier ist ausgesprochen, daß für die Verletzung der Pflicht zur Versteuerung eines Wechsels jedes Mitglied des Vorstandes einer Aktiengesellschaft und jeder selbständig zu Geschäftsführung berechtigte Inhaber einer offenen Handelsgesellschaft strafrechtlich verantwortlich ist, auch wenn die die Stempelpflicht begründende geschäftliche Handlung nicht von ihm persönlich, sondern von einem anderen Vorstandsmitglied und einem anderen Mitinhaber oder von einer anderen Person, die für die Gesellschaft zu handeln befugt war, vorgenommen worden ist. Auch in dieser Beziehung scheint die Reichsregierung der Einführung milderer Gesetzesbestimmungen nicht abgeneigt zu sein. In einer Umfrage, die auf ihre Veranlassung jetzt bei den Handelskammern in den einzelnen Bundesstaaten veranstaltet wird, findet sich die Bemerkung: „es werde daran gedacht werden können, von einer so weitgehenden strafrechtlichen Verfolgung unbefangener liegenden Fällen durch die Aufnahme einer ähnlichen Bestimmung ins Wechselstempelsteuergesetz zu begegnen, wie sie im Reichsstempelgesetz enthalten sei." Hiernach darf man hoffen, daß den wichtigsten Wünschen des Handelstandes auf Aenderung des Wechselstempelsteuergesetzes in absehbarer Zeit Rechnung getragen wird.

* **Der Abschied des Professors Burgeß von Berlin.** In der Aula der Universität hielt gestern vormittag der amerikanische Professor Burgeß seine Abschiedsvorlesung, wobei die amerikanische Kolonie mit dem Botschafter an der Spitze, sowie der frühere deutsche Botschafter in Washington v. Holleben und Kultusminister Studt zugegen waren. An die Vorlesung knüpfte Professor Burgeß herzliche Abschiedsworte und erklärte, seine deutsch-freundliche Gesinnung und Bewunderung für das Deutschtum sei während seines Aufenthaltes viel stärker geworden, als je. Deutsche und Amerikaner gehörten zusammen als zwei große kulturfähige und fortschreitende Nationen der Gegenwart und Zukunft. Er halte es für zweifellos, daß das Wohl der beiden Hemisphären in höherem Grade mit dem Schicksal dieser beiden Nationen verbunden sei, als mit allen anderen. Redner dankte sodann den Majestäten für das entgegengebrachte Wohlwollen, ferner den Kultusminister und dem Ministerialdirektor Althoff für ihr Entgegenkommen und schloß mit den Worten: „Auf Wiedersehen". Darauf hielten noch kurze Ansprachen der Rektor Professor Dr. Kaftan und Kultusminister Studt, der dem Professor Burgeß die Prachtausgabe des Nibelungen-Werkes als Erinnerungszeichen an die Unterrichtsverwaltung überreichte.

* **Zum Abgang des Ministers Graf Feilitzsch.** Die „Münchner Neueste Nachrichten" hatten gemeldet, daß der Minister Graf Feilitzsch bald nach der Annahme des Wassergesetzes im Landtage in den Ruhestand treten und der Regierungspräsident der Oberpfalz, Brettreich, sein Nachfolger werden solle. Dem gegenüber hat der Regierungspräsident Brettreich dem gestrigen Abendblatt der „Münchner Neuesten Nachrichten" folgendes mitgeteilt: Wenn auch Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Staatsminister Graf Feilitzsch sich mit Rücktrittsgedanken trägt, so sind doch andererseits die Angaben bezüglich seines Nachfolgers nicht zutreffend.

* **Nationalliberale Organisation.** Aus Grimma wird uns geschrieben: Die erfrischende liberale Bewegung, welche während des Wahlkampfes auch in unserer Stadt eingesetzt hatte, ist nicht gewichen, sondern hat sich mehr und mehr ausgedehnt. National und liberal gesinnte Männer jeden Standes traten zusammen und konstituierten gestern abend im Ratshausfaale einen „Nationalliberalen Verein für Grimma und Umgebung", dem jetzt schon ca. 270 Mitglieder angehören. Es ist gar kein Zweifel, daß der liberale Gedanke hier wie im ganzen 11. Reichstagswahlkreise auf fruchtbaren Boden gefallen ist und man kann mit Sicherheit erwarten, daß sich die Mitgliederzahl des genannten Vereins in allernächster Zeit um das Doppelte vergrößert. Die Leitung haben die Herren Oberlehrer Dr. phil. Hennina und Waschanstaltsbesitzer Brauer gemeinsam und diese Führung läßt das Allerbeste hoffen.

* **Liberale Einigung.** Im preußischen Abgeordnetenhause haben sich die Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung auf Grundlage der Vereinbarung, welche die linksliberalen Fraktionen im Reichstage getroffen, ebenfalls zu gemeinsamer parlamentarischer Arbeit vereinigt. Heute vormittag fand die erste gemeinschaftliche Sitzung statt.

* **Die Aachener Spielbanken.** Dem Aachener „Volksfreund" zufolge forderte der neue Bürgermeister von Saals sämtliche Aachener Spielbanken auf, bei Vermeidung von Zwangsmaßregeln die Banken binnen drei Tagen zu schließen.

* **Beschlagnahme der „Praca".** Die Polizei hat die politisch-radikale Zeitschrift „Praca" wegen zweier Artikel beschlagnahmt, welche den Schulstreik und die Ausweisung der polnischen Gymnasiasten behandeln.

* **Zur Etatsdebatte im Reichstag.** Die letzten Reichstagswahlen haben wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wie wenig das deutsche Volk über das Finanzsystem des Deutschen Reiches unterrichtet ist. Denn was man da bisweilen für Ansichten über die Beschaffung der Mittel, die zur gedeihlichen Entwickelung des Reiches in finanzieller Hinsicht — soweit man bei der heutigen Lage der Reichsfinanzen von einer gedeihlichen Entwickelung sprechen kann — dienen sollen, gehört hat, war manchmal wenig erbaulich. Die Behauptungen, die immer und immer wieder aufgestellt wurden, zeigten oft deutlich, daß ihre Verfechter entweder selbst die Materie nur sehr unvollständig beherrschten oder doch bei ihrer Zuhörerschaft ein bedenkliches Maß von „Voraussetzungslosigkeit" annehmen durften. Da ist denn ein kleines Werk „Das Finanzsystem des Deutschen Reiches" nicht ohne Interesse, das kürzlich von Chr. Grotewold im Verlage von Carl Ernst Poeschel in Leipzig erschienen ist und das sich ohne allen wissenschaftlichen Apparat in durchweg fachlicher Weise mit den Finanzen des Reiches, dem Etat, mit den letzten Reformen des Jahres 1906, sowie mit der künftigen Gestaltung der Reichsfinanzen befaßt. Besonders bemerkenswert ist, daß sich der Verfasser nicht nur warm für direkte Reichssteuern ausspricht, sondern gerade dieses Thema eingehend und instruktiv behandelt.

* **Preußischer Landtag.** Das Haus erledigte nach unerheblicher Debatte den Rest des Handelsetats. Auf den von verschiedenen Rednern geäußerten Wunsch auf Erhöhung des Fonds zur Förderung nicht gewerbsmäßiger Arbeitsvermittelung und zur Rechtsberatung für Minderbemittelte erklärte sich Minister Delbrück bereit, im Bedarfsfalle für eine solche Erhöhung einzutreten. Hierauf begann die Beratung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse. Minister Frhr. v. Rheinbaben dankte für die wohlwollende Beurteilung der Tätigkeit der Kasse. Ihr hätten sich jetzt nahezu zwei Millionen Mitglieder angeschlossen und ihr Umsatz betrage nunmehr 12 Milliarden Mark. Den von einem Redner ausgesprochenen Gedanken, daß die Genossenschaften sich in den Dienst der Entschuldung der kleinen ländlichen Grundbesitzer stellen sollten, hatte er für sehr glücklich, der Staat könne aber die Aktion nicht in die Hand nehmen. Im weiteren Laufe der Debatte wies der Präsident der Zentralgenossenschaftskasse den Vorwurf zurück, daß die durch die Kasse bewirkte zu starke Konzentration nach oben die selbständige Entwickelung der einzelnen Genossenschaften erschwere. Es werde im Gegenteil nach Möglichkeit die Selbständigkeit der Genossenschaften gefördert. Ebenso unberechtigt seien die Vorwürfe gegen die Tintenpolitik der Kasse; nicht diese, sondern die allgemeinen Verhältnisse hätten den hohen Reichsbankdiskont herbeigeführt. Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr vertagt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Prag-Fahrt des Kaisers.** Unser Prager-Korrespondent schreibt: Der Korpskommandant v. Lyburka hat in einer in das Korpskommandogebäude befohlenen Versammlung der Stabsoffiziere der Garnison Prags bekannt gegeben, daß der Kaiser am 8. April zu dreiwöchigem Aufenthalt in Prag eintrifft. Während seines Aufenthaltes wird eine große Parade auf dem Exerzierplatz in Dewitz, ferner Besichtigungen der einzelnen in Prag liegenden Regimenter stattfinden. Die Stadt plant einen großen Empfang und hat für die Ausschmückung einen Kredit von 100 000 Kronen in Anspruch genommen. Auch einzelne industrielle Werke werden besichtigt werden. Im Hradschin, in der Hofburg, wird ein Ball und einige offizielle Diners gegeben werden.

* **Eine tschechische Schwindelnachricht.** Aus Prag wird gemeldet, daß zum großen tschechischen Turnerfest, Sokolfest genannt, der König von England, wenn er im Juni in Marienbad zur Kur weilt, kommen wird. Graf Franz Lützow, der einstige Botschaftssekretär und Bruder des Botschafters in Rom, teilte dem Sokolfestkomitee mit, er habe König Eduard im Namen aller Tschechen eingeladen, und der König habe zugesagt. Graf Franz Lützow hat den diplomatischen Dienst verlassen, nachdem er ein Duell mit seinem Vorgesetzten, Botschafter Grafen Deym, ausgefochten hatte. Er zählt sich zur tschechischen Adelspartei. In Prag glaubt man, die Ankündigung des englischen Königsbesuches zum Sokolfest sei nur ein tschechisches Manöver. — Gewiß! Aber ein herzlich dummes. König Eduard kommt nach Marienbad erst im August. Im Juni sind die Manöver von Comek.

* **Der Triester Ausstand.** In einer im Volkshause abgehaltenen Versammlung beschlossen die Triester Hafenarbeiter mit Rücksicht darauf, daß sie den Streik als Protest gegen das widerrechtliche Auftreten der Privatunternehmer proklamiert haben, jedoch nicht das ganze Handelsleben schädigen wollen, und weiter mit Bezug auf die den Kohlenverladern seitens der Handelskammer gemachten Zusicherungen, daß die Kohlenhändler nach Lösung der bestehenden Verträge nur die Genossenschaft der Kohlenverlader berücksichtigen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gestern früh begaben sich auch die Hafenarbeiter zur Arbeit. Als sie aber bemerkten, daß die Kohlenverlader, die nach wie vor die Entfernung des Unternehmers Boher verlangen, die Arbeit nicht aufgenommen hatten, verließen auch alle Hafenarbeiter wieder die Arbeit und begaben sich in das Volkshaus. Es verlautet, daß die Hafenarbeiter am Nachmittag die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Frankreich.

* **Neue Seetaktik.** Der französische Ministerrat beschloß, daß während der für die dritte Märzwoche angekündigten Mittelmeermanöver die Neuerungen erprobt werden sollen, die zur Vervollkommnung der Seetaktik des Admirals Fournier erforderlich erscheinen. Zwölf Panzer und drei Kreuzer werden an den Manövern teilnehmen.

* **Ministerrat.** In der gestrigen Sitzung des Ministerrates, an der der Kriegsminister Picquart und der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Servant, wegen Erklärung nicht teilnahmen, erklärte der Marineminister Thomson, daß bei der bei der Insel Pelko gestrandete Kreuzer „Jean Bart" auseinander gebrochen sei und verschiedene Abteilungen voll Wasser stünden. Die Besatzung werde auf den verschiedenen zur Hilfeleistung beim Kreuzer befindlichen Schiffen untergebracht werden. Die Untersuchung über die Ursache der Strandung sei eingeleitet. Ferner besprach der Marineminister das für die vom 18. bis 23. März stattfindenden Manöver des Mittelmeergeschwaders aufgestellte Programm, bei denen taktische Aenderungen und neue Signaleinrichtungen erprobt werden sollen. An den Uebungen, die unter der Leitung des Vizeadmirals Touchard stattfinden, werden 12 Panzer, 3 Kreuzer und 5 Torpedojäger teilnehmen.

* **Deputiertenkammer.** Das Haus verhandelte über eine Interpellation zu dem Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag. Georges Berry (Kons.) wendet sich in seinen Ausführungen gegen die völlige Sonntagsruhe und führt Beschwerde darüber, daß die Arbeiterkandidate bedrückt würden. Redner wünscht, daß gesamtes werde, daß am Sonntag die dienstfreien Arbeiter durch andere Arbeiter ersetzt würden. Man möge in das Gesetz das Prinzip der Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den Angestellten einführen. Redner fordert als Einleitung für die verlangten Abänderungen Amnestie für die Kaufleute und Handelstreibenden, die dem Gesetze zuwidergehandelt haben. Laferre (Sozialistisch-Radikaler) verlangt schärfere Handhabung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag, das er als unerträglich betrachtet. Die Debatte wird sodann unterbrochen, um dem Deputierten Beauregard (sozialistisch. Republikaner) Gelegenheit zu geben, den Ministerpräsidenten Clemenceau über den Mordanschlag auf den republikanischen Kommerskandidaten Pierre Leroy-Beaulieu und verschiedene andere Zwischenfälle zu befragen, die sich während des gegenwärtigen Wahlkampfes in Montpellier ereignet haben. Clemenceau erklärt, über den bedauerlichen Anschlag sei eine Untersuchung eröffnet worden. Die Regierung werde das Nötige tun, um die Freiheit der Wahl zu sichern. (Beifall.) Beauregard versucht zu sprechen, aber seine Stimme wird von der äußersten Linken überdröhnt. Darauf wird die Sitzung aufgehoben.

* **Die Papiere Montagninis.** Eine römische Depesche der „Kölnischen Volkszeitung" besagt folgendes: Die neuesten Enthüllungen aus den beschlagnahmten Papieren Montagninis sind vollständig wahrheitswidrig. Die Nachrichten über den Briefwechsel des Heiligen Stuhles mit einigen Mächten über die Beziehungen mit Frankreich sind teils völlig frei erfunden, teils tendenziös entstellt. Der Heilige Stuhl wiederholt daher seine Warnung, die öffentliche Meinung möge sich nicht irreführen lassen durch die Veröffentlichung der Bruchteile der Dokumente oder des ganzen Aktenstückes, dessen richtige Beurteilung nur nach Kenntnis des ganzen Briefwechsels möglich sei. Politische Kreise sind der Ansicht, die französische Regierung treibe ein gefährliches Spiel; sie lasse die Vermutung aufkommen, daß auch andere Mächte demnächst gewärtigen können, ebenso in den Streit hineingezogen zu werden, wie heute Spanien. — Die „Agence Havas" meldet: Die Behauptung, daß die österreichisch-ungarische Botschaft die Herausgabe von Papieren gefordert habe, die in der ehemaligen Nuntiatur beschlagnahmt wurden und aus der Zeit nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen der französischen Regierung und dem päpstlichen Stuhle herstammen sollen, wird für unbegründet erklärt. Es wird ferner für unbegründet erklärt, daß irgend eine Macht sich die infolge der bei Mont. Montagnini abgehaltenen Haussuchung vom Vatikan verfaßte Protesterklärung zu eigen gemacht habe. Im Verlaufe des Prozesses gegen den Pfarrer Jouin wegen Verletzung des Trennungsgesetzes, der im Laufe dieses Monats vor dem Zuchtpolizeigericht zur Verhandlung gelangen muß, werden gewisse Schriftstücke, die in der ehemaligen Nuntiatur beschlagnahmt worden sind, in der Gerichtsverhandlung zur Verlesung gelangen. Das sehr umfangreiche Aktenmaterial ist sowohl der Anklage, wie der Verteidigung im ganzen Umfange zugestellt worden; jedoch werden vielleicht diejenigen Schriftstücke, die nicht für den Prozeß Jouin von Interesse sind, der Veröffentlichung entgehen.

* **Gefecht im französischen Sudan.** Nach einem im Kolonialamt eingetroffenen brieflichen Bericht hat Hauptmann Gallieni, Befehlshaber der Station Zinder im Sudan, am 15. September ein Gefecht mit den Hoggars von Djado gehabt. Die Hoggars wurden geschlagen und hatten 25 Tote, die Franzosen 2 Tote und 6 Verwundete.

* **Absynth.** Die Gruppe der Anti-Alkoholiker der französischen Kammer hat mit allen gegen eine Stimme einen Antrag angenommen, der dahin geht, die Herstellung und den Verkauf von Absynth ganz zu unterdrücken.

England.

P. **Das englisch-japanische Bündnis und der russisch-japanische Krieg.** Wir hatten kürzlich bemerkt, daß England um das japanische Verbleiben, mit Rußland Krieg zu führen, gewußt habe. Unser römischer Korrespondent ist, dank einer Information von besonderer Seite, in der Lage, diese Angabe durchaus zu bestätigen und in einer für uns Deutsche, die wir seiner Zeit vom unseren Londoner Botschafter nichts von den sich vollziehenden großen Ereignissen erfahren haben, interessanten Weise zu ergänzen. Es war zwei Tage vor dem ersten Eintreffen japanischer Kriegsschiffe zum Angriff auf Port Arthur, da trat der japanische Admiral während eines bereits bis zu starker Umnebelung der meisten Teilnehmer (und namentlich des russischen) gefeierten Trinkgelages der Kommandanten der vor Port Arthur ankernden internationalen Kriegsschiffe an den englischen Admiral heran, um ihm das bevorstehende Eintreffen der japanischen Flotte zu erklären. Der Engländer war gottesabwesend genug, um dem in seiner Nähe sitzenden Italiener die Möglichkeit zu geben, die Mitteilung des Japaners aufzuschnappen. Der Japaner bemerkte das und forderte, von dem Engländer hierüber unterrichtet, das Ehrenwort des Italieners, daß er das, was er vernommen habe, als Geheimnis betrachten werde. Der Italiener gab das Ehrenwort und wahrte es auch durchaus seinen ausländischen Kameraden und seinen eigenen Offizieren gegenüber; jedoch seinem Souverän gegenüber glaubte er durch das Ehrenwort nicht gebunden zu sein. So telegraphierte er dem schleunigst in Cettinje an Vittorio Emanuele III., was er erfahren. König Vittorio Emanuele III. wünschte die Bedenken seines Admirals ob des Ehrenworts und gab die Mitteilung auch seinerseits an niemand weiter als an seine Regierung und an seinen Verbündeten, Wilhelm II., in Berlin. Kaiser Wilhelm war auf diese Weise erheblich früher informiert als der Zar, und man konnte das seiner Zeit auch recht wohl erkennen. — Eine merkwürdige weitherzige Auffassung von der Heiligkeit eines Ehrenwortes, das freilich überhaupt nicht gegeben werden durfte, da dem Italiener die Nachricht nicht freiwillig anvertraut war.

* **B 2.** Das Unterseeboot „B 2" ist wieder flott gemacht worden und in Portsmouth angekommen.

Spanien.

* **Fürst Hohenzollern.** Fürst von Hohenzollern ist in Madrid eingetroffen. Zu seinem Empfange hatten sich auf dem Bahnhofe eingefunden: Der König von Spanien in großer Generalsuniform, der Infant Don Carlos, der deutsche Botschafter v. Radowitz mit sämtlichen Herren der Botschaft, der Zivil- und der Militärgouverneur und der Bürgermeister von Madrid. Eine Kompagnie Jäger erwies die militärischen Ehren. Nach herzlicher Begrüßung und Vorstellung der beiderseitigen Gefolge begab sich der König mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Infanten Don Carlos zu Wagen nach dem Königlichen Schloß, wo der Fürst Wohnung nehmen wird.

Rußland.

* **Die Regierung und die Duma.** Ueber die Aufnahme, welche die Ergebnisse der Wahlen in den hohen und höchsten Kreisen gefunden haben, weiß ein Mitarbeiter des Petersburger Blattes „Birschewoja Wedomosti" zu berichten. Ein hervorragendes Mitglied des Reichsrats habe sich geäußert: Ueber eine Auflösung der zweiten Reichsduma ist in hohen Kreisen überhaupt nicht gesprochen worden, obgleich man sehr gut weiß, daß sie nur noch mehr oppositionell ist, als die erste es war. Man rechnet „dort" vielmehr darauf, daß die Auflösung der ersten Duma der zweiten zur Lehre dienen werde; daß sie sich mit der gegebenen Lage auseinandersetzen und arbeitsfähig sein wird. Es werden alle möglichen Maßnahmen getroffen, um eine Entlassung der zweiten Reichsduma zu vermeiden, da es jetzt allen klar ist, daß die Entlassung der ersten Duma niemandem Nutzen gebracht hat.

* **Der Zar und die russischen Leute.** In Petersburg findet große Beachtung eine Rede, die der bekannte Antisemit Kruschewan auf einem Meeting vor seinen Wählern gehalten hat. Er sagte: er werde in der Duma offen erklären, die Geduld des russischen Volkes sei erschöpft, es werde der Boden mit Blutströmen getränkt werden. Die Welt werde staunen über das schreckliche Volksgericht. Obgleich diese Rede bekannt ist, verlautet, daß die Dumadeputierten des „Verbandes des russischen Volkes" mit Kruschewan an der Spitze vom Zaren in Audienz empfangen werden sollen. Ein derartiges Entgegenkommen der „Schwarzen Bande" gegenüber beim Ausbleiben eines allgemeinen Empfanges und einer Thronrede wird als direkte Provokation für die Majorität der Duma aufgefaßt. Sollte der Empfang stattfinden, wie man voraussetzt, so würde damit die politische Situation grell beleuchtet.

* **Russisches Parteileben.** Am 27. vorigen Monats wurde in Finland der Parteitag der Arbeitergruppe eröffnet. Es waren zahlreiche Geheimpolizisten dorthin geschickt. In Helsingfors glaubt man, einer organisierten Provokation auf die Spur gekommen zu sein. Es wurde beabsichtigt, einen Banküberfall zu inszenieren, um gegen die in Finland lebenden russischen, politischen Agenten vorzugehen und Rechtsbeschränkungen in Finland durchzuführen, besonders aber Kongresse und Versammlungen russischer politischer Flüchtlinge zu vereiteln. — Diesem mißlungenen Spitzelstreich steht würdig ein sozialistischer „Demonstrations-Streik" gegenüber. Aus Petersburg wird gemeldet: Die sozialistischen Fabrikarbeiter haben beschlossen, am Tage der Dumaeröffnung einen eintägigen Demonstrationsstreik zu veranstalten. — Es ist unerfindlich, was man sich unter diesem „Demonstrationsstreik" anders denken soll, als daß die Herren Arbeiter die schöne Gelegenheit der Duma-Eröffnung benutzen, um an ihrem blauen Montag einen blauen Dienstag zu reihen, also um ihrem Hang zur Bummelei unter einem schönklingenden Vorwande zu fröhnen, welcher der hohen Politik entnommen zu sein scheint. Einem derartigen Zweck kann man für einen eintägigen Ausstand doch nicht ausklügeln.

* **Mord.** Der ehemalige russische Hauptmann Baron Budberg, der Mitglied des Reichsrates und Besitzer des Gutes Wannamoit ist, wurde, als er in Begleitung seines Koch und seines Kutschers von Wannamoit nach dem Gute Fickerl fuhr, von sechs unbekannten Personen überfallen. Baron Budberg und der Koch wurden getötet und beraubt, der Kutscher wurde verwundet.

* **Die „Kapitulanten".** Das russische Marineministerium teilte den vom Gericht freigesprochenen Offizieren des Nebogatowschen Geschwaders mit, daß der Kaiser sie im Flottendienst belassen habe.

* **Dementi.** Ein Privattelegramm unseres Petersburger H.-Korrespondenten teilt uns mit: Die Nachricht der „Nowoje Wremja", daß Stolypin wegen Amtsüberlastung für das Innenminister-Portefeuille seinen Gehilfen Makaroff vorgeschlagen hatte, ist, wie ich sicher erfahre, eine faktiöse Kombination.

Schweden.

* **Schwedische Marine.** Die schwedische Regierung hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt über die Verlegung der Flottenstation in Stockholm nach der Vidingsinsel bei Stockholm. Die Verlegung wird etwas über 38 Millionen Kronen kosten, von welcher Summe jetzt 19 Millionen gefordert werden; 4 Millionen sollen der Regierung sofort zur Verfügung gestellt werden.

Türkei.

* **Aus Makedonien.** Am Dienstag fanden bei Badahin (Monastir), Petras und Flanschta drei große Ueberfälle auf bulgarische Kohlenbrenner statt. Hierbei wurden 14 Bulgaren getötet. Nichtsdestoweniger vermutet man, daß es sich um ein gemeinsames Vorgehen griechischer Banden handelt. Die Untersuchung ist eingeleitet und die Verfolgung aufgenommen. — Gerüchtweise verlautet, daß der Kaimakan von Novibazar getötet worden sei. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes ist bisher nicht erfolgt.

Rumänien.

* **Die Universitätsreform.** Die Regierung hatte einen Gesetzentwurf zur Reform der juristischen und der medizinischen Fakultät eingebracht, in dem die Errichtung einiger neuer Lehrstühle und sonstige Verbesserungen vorgesehen sind. Um diese Reform zu verhindern, hetzte die liberale und die junimistische Opposition eine Anzahl von Universitätsprofessoren gegen die Regierung auf. Der Universitätssenat beschloß mit 5 gegen 3 Stimmen, die Universitätsvorlesungen zu suspendieren, bis die Regierung ihren Gesetzentwurf, der gegenwärtig von der Kammer beraten wird, zurückgezogen hätte. Die Majorität der fünf Professoren, die sich aus drei Liberalen und zwei Junimisten zusammensetzt, erklärte in der Kammer, alle Mittel anwenden zu wollen, um die Reform zu verhindern. Es interpellierte Stordza, der Chef der früheren liberalen Regierung, im Senat wegen der Folgen des Universitätsstandes. Die Mehrheit der Professoren war nicht auf der Seite der Ausständigen; da aber die Streikenden auch die Studenten zum Ausstand veranlaßt haben, sind die nicht streikenden Professoren zur Ohnmacht verurteilt. Kultusminister Disescu erklärte sich in der Kammer bereit, alle annehmbaren Abänderungsanträge zu akzeptieren. In Rumänien hatte es bisher nur einmal einen ähnlichen Fall gegeben: im Jahre 1894, wo, als Sturdza sich ebenfalls in der Opposition befand, die Kavallerieoffiziere gemeinsam ihren Abschied einreichten. — Inzwischen hat die Regierung ihre Vorlage um des lieben Friedens willen zurückgezogen.

Marokko.

* **Botschafter White über die Algeciras-Konferenz.** Der Rom verlassende amerikanische Botschafter White, der bekanntlich der Delegierte der Vereinigten Staaten auf der Algeciras-Konferenz war, gab einigen ihm von Algeciras her bekannten römischen Journalisten ein Frühstück, auf dem er über das angebliche Telegramm Kaiser Wilhelms an Roosevelt folgende interessanten Enthüllungen machte: Als Deutschland den österreichischen Vorschlag angenommen hatte, drückten die Delegierten verschiedener Mächte Radowitz ihre Glückwünsche aus, um damit ihre Befriedigung über die bevorstehende glückliche Erledigung der Marokko-Angelegenheit kundzutun. Radowitz legte indessen diese Glückwünsche irrtümlich aus, indem er darin die ausdrückliche formelle Zustimmung der Delegierten zum österreichischen Vorschlag erblickte. In diesem Sinne telegraphierte Radowitz nach Berlin, wo man einen Augenblick tatsächlich an die Unterstützung des österreichischen Vorschlages durch mehrere Mächte glaubte. Darauf telegraphierte die Regierung (nicht der Kaiser!) in der von der „Revue des deux Mondes" angegebenen Weise nach Washington, nämlich daß der österreichische Vorschlag bereits von den erwähnten Mächten angenommen sei, und daß ihn Amerika folglich gleichfalls annehmen möchte. — Mr. Whites Auffassung in Ehren. Er gibt aber doch bloß wieder, was die Diplomaten ihm gesagt haben, und durch einfache Aussage ist der Vorwurf der Illoyalität keineswegs entkräftet, den die deutsche Regierung mit gutem Grunde damals besonders gegen den russischen Vertreter erhoben hat.